

Verfassungsschutzbericht des Landes Brandenburg 2025

Vorab-Veröffentlichung



Diese Veröffentlichung ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit des Ministeriums des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf nicht für Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Unabhängig davon, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Broschüre dem Empfänger zugegangen ist, darf sie, auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl, nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte. Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

2. Aktuelle Entwicklungen

Sonderkapitel



02

2.2 Muslimbrüder und ihr demokratie-unterwanderndes Vorgehen

1



2.2 Muslimbrüder und ihr demokratieunterwanderndes Vorgehen

Islamistische Ideologen und ihre Anhänger nehmen für sich in Anspruch, ihre menschen- und demokratiefeindlichen Überzeugungen in gesellschaftliche Zwangsnormen überführen zu dürfen. Daraus leiten sie auch eine Legitimation für die Anwendung von Gewalt ab. Die Verfolgung, Versklavung und massenhafte Tötung von Jesiden durch „IS“-Anhänger ist nur ein furchtbares Beispiel dafür. Doch die Bandbreite islamistischer Aktionen ist viel größer. Terroristische Anschläge in Deutschland mit Verletzten und Toten und aggressive Demonstrationen zugunsten der Errichtung eines Kalifats in Deutschland¹ belegen beispielhaft, dass Islamisten in Deutschland unsere Werte bekämpfen und die freiheitliche demokratische Grundordnung beseitigen wollen.

Zumeist werden dabei Anhänger eines salafistischen Islamverständnisses als problematisch wahrgenommen. Sie sind rigide und wenig kompromissbereit. Aus ihrer Ablehnung unserer Freiheiten und Werte machen sie keinen Hehl. Nicht zuletzt da sie die Mehrheit der jihadistischen Terroristen bilden, die für viele Anschläge verantwortlich sind, stehen sie besonders im Fokus der Zivilgesellschaft und Sicherheitsbehörden. Andere islamistische Akteure sowie ihre Strategien werden dagegen seltener als Gefahr wahrgenommen, manchmal sogar ignoriert oder verharmlost.

Zu nennen sind insbesondere Anhänger der „Muslimbruderschaft“ (MB) oder der „HAMAS“. Sie sind teilweise sehr geschickt darin, ihre verfassungsfeindliche Agenda zu verschleiern, während sie ihre angebliche Demokratieverträglichkeit und Gewaltfreiheit beteuern. Tatsächlich aber missbrauchen sie die Grundwerte unserer Gesellschaftsordnung und versuchen, anderen genau die Grundrechte zu verwehren, welche sie so lautstark für sich einfordern. Von dieser perfiden Strategie sind besonders Juden durch zunehmenden Antisemitismus betroffen.

¹ WERNICKE, „Gegen Israel und für ein Kalifat in Deutschland“, 04.11.2023, www.sueddeutsche.de/politik/essen-israel-demonstration-kalifat-islamisten-1.6298354, eingesehen am 22.02.2026.

„MB“- und „HAMAS“-Anhänger zielen mit ihrer Agitation ebenso auf innermuslimische Diskurse ab. Wer den ideologischen Vorgaben nicht folgt, wird systematisch unter Druck gesetzt, ausgegrenzt oder angefeindet.² Diese Agitation richtet sich auch gegen die Rechte von muslimischen wie nicht-muslimischen Frauen, denen eine gleichberechtigte Behandlung und soziale Teilhabe verwehrt werden. Auch Menschen, die sich für demokratische Werte einsetzen, sind Opfer islamistischer Agitation. Sie werden bedroht oder müssen um ihr Leben fürchten. Nicht zuletzt werden auch Kinder und Jugendliche zu Opfern. Obwohl sie Träger von Grundrechten sind und eines besonderen Schutzes bedürfen, sind sie der Agitation von Islamisten zu oft schutzlos ausgesetzt. Sie werden dadurch in ihrer Entwicklung nachhaltig beeinträchtigt.

Die totalitäre Ideologie der Muslimbruderschaft (MB) und ihre perfide Agenda

Die 1928 in Ägypten gegründete „MB“ ist eine Organisation mit sehr komplexer Geschichte. Sie hatte bereits zu Beginn ihres Bestehens großen Zulauf und expandierte organisatorisch wie ideologisch insbesondere in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. In verschiedenen Ländern entstanden mehr oder weniger eigenständige Ableger, die sich teilweise als unabhängig betrachten. Die Muslimbrüder waren und sind einer der relevantesten Treiber bei der Entwicklung islamistischer Organisationen weltweit.

Über die hohe Reichweite ihrer ideologischen Vordenker, wie etwa dem Ägypter Yusuf Al-Qaradawi († 2022) oder dem in der Schweiz geborenen Tariq Ramadan, entwickelten Muslimbrüder ihre Ideologie und ihre Strategien in Europa maßgeblich weiter. So kann die „MB“ heutzutage nicht in erster Linie als einheitliche Organisation, sondern vor allem als Bewegung verstanden werden, deren Mitglieder und Anhänger weltweit komplexe Geflechte aus Vereinen, Moscheen, vermeintlichen Bildungs- und Integrationsprojekten, Wohlfahrtsorganisationen und Lobbygruppen ausbauen und betreiben.

² Beispielhaft erklärt in: „Islamistische Grundschüler – die Unterwanderung?“, Podcast, Kaffee, extra Schwarz, vom 02.07.2025, MANSOUR/MAYER-RÜTH, ab Minute 04:00.

In Europa dienen die Dachverbände der Koordination und der einheitlichen inhaltlichen Ausrichtung nach der Ideologie der Muslimbrüder. Dort setzen ausgewählte, hochrangige Muslimbrüder die Eckpunkte einer Agenda und reichen sie nach unten durch. In Europa gelingt es so, die Lebensumstände von Muslimen aufzugreifen und bei ihnen anzudocken.³ Während die Führung der ägyptischen (teilweise im Exil befindlichen) Mutterorganisation im Internet vergleichsweise offen auftritt, legen Organisationen oder Anhänger in Europa selten ihre organisatorische oder ideologische Zugehörigkeit zur „MB“ offen. Teilweise wird sie sogar vehement verleugnet.⁴ In Deutschland ist die islamistische „Deutsche Muslimische Gemeinschaft“ (DMG) einer der relevantesten Vereine, die durch Muslimbrüder geführt werden oder im Sinne der „MB“ agieren.⁵



Emblem der „Muslimbruderschaft“ (MB) (links) und Logo der „Deutschen Muslimischen Gesellschaft“ (DMG), der zentralen MB-nahen Organisation in Deutschland.

Die Strategie der Muslimbrüder ist langfristig und generationenübergreifend ausgerichtet. Sie zielt auf eine schrittweise Veränderung sowohl der politisch-gesellschaftlichen Verhältnisse als auch der Individuen ab. Insbesondere in den Bereichen Bildung, Soziales, Politik und Religionsausübung agieren die Muslimbrüder mit ihren Sympathisanten und Netzwerken.

³ WAGEMAKERS, „The Muslim Brotherhood – Ideology, History, Descendants“, Amsterdam, 2022, S. 198 ff, 210 ff.

⁴ Vgl. BREUER, „Die Muslimbruderschaft in Deutschland“, Bundeszentrale für Politische Bildung, 2019, www.bpb/themen/islamismus/dossier-islamismus/290422/die-muslimbruderschaft-in-deutschland/, zuletzt eingesehen 23.02.2026. Für eine kurze Darstellung der konspirativen Anwerbung und Indoktrination von Muslimbrüdern in Europa siehe: BERGEAUD-BLACKLER, „Kalifat nach Plan“, Tübingen, 2025, S. 59-69. AL-ANANI beschreibt die Anwerbung in Ägypten: „Inside the Muslim Brotherhood – Religion, Identity, and Politics“, New York, 2016, S. 67 ff.

⁵ BERGEAUD-BLACKLER, „Kalifat nach Plan“, Tübingen, 2025, S. 59 f. Für eine Auflistung deutscher und europäischer Organisationen, die der MB zuzuordnen sind, siehe Verfassungsschutzbericht des Landes Baden-Württemberg 2024, S. 148-51.

Sie bilden zahlreiche Kooperationen mit Dritten, die ihre verfassungsfeindliche Agenda nicht erkennen, ignorieren oder gar selbst befürworten.⁶ So soll nach und nach eine Dominanz der „MB“ aufgebaut werden, um ihr totalitäres Islamverständnis gegenüber allen Muslimen durchzusetzen und zu verankern.

Dafür bedient sich die „MB“ identitätspolitischer Methoden, die eine Deutungshoheit über vermeintlich „die“ muslimische Identität erzeugen soll und gleichzeitig die gesellschaftlichen Gegebenheiten vor Ort im Sinne der „MB“-Ideologie verändern. Anders gesagt: Die Muslimbrüder versuchen zu bestimmen welches Islamverständnis für alle Muslime zu gelten hat und wer – und wer nicht – an gesellschaftlichen Prozessen beteiligt werden darf.⁷

Akteuren, die im Sinne der „MB“ agieren, behaupten ihre Vorstellungen von Staat und Gesellschaft seien demokratisch. Sie nutzen damit positiv aufgeladene Begriffe. Sie beschränken Demokratie jedoch lediglich auf Prozesse, die damit eigentlich verbundenen Werte lehnen sie jedoch ab. Dass belegen zahlreiche Äußerungen von Akteuren der „MB“ im Ausland wie auch in Deutschland: Für sie stellt ihre Interpretation des „göttlichen Rechts“, der Scharia, immer die übergeordnete Norm dar.⁸ So ist mit ihrer Agitation letztendlich untrennbar die Abschaffung demokratischer Prinzipien und Werte verbunden.⁹

⁶ Für eine ausführliche Beschreibung der Institutionalisierung der Muslimbrüder in Europa und ihrer Kooperation mit Organisationen in Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Politik siehe: BERGEAUD-BLACKLER, „Kalifat nach Plan“, Tübingen, 2025, S. 93-135, sowie 135-60 und 181-312.

⁷ Vgl. BERGEAUD-BLACKLER, „Kalifat nach Plan“, Tübingen, 2025, S. 70-2, 332 ff. AL-ANANI, „Inside the Muslim Brotherhood – Religion, Identity, and Politics“, New York, 2016, S. 34-49, 82-98; WAGEMAKERS, „The Muslim Brotherhood – Ideology, History, Descendants“, Amsterdam, 2022, S. 216 f.

⁸ Vgl. die Ausführungen von Ivesa LÜBBEN zur Widersprüchlichkeit der Parteiprogrammatik mit anderen ideologischen Standpunkten der MB in Ägypten Mitte der 2000'er Jahre: LÜBBEN, „Die Muslimbruderschaft und der Widerstand gegen eine dynastische Erbfolge in Ägypten“, in: GIGA Focus Nahost, 2009, German Institute of Global and Area Studies, Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien; Siehe dazu auch: BÜCHS, „Führungswechsel bei Ägyptens Muslimbruderschaft: Demokratieversuch mit unverhofftem Ergebnis“, in: GIGA Focus Nahost, 2010, German Institute of Global and Area Studies, Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien. Siehe auch: VIDINO, „The New Muslim Brotherhood in the West“, New York, 2010, S. 62-5.

⁹ Vgl. „Islamistische Grundschüler – die Unterwanderung?“, Podcast ‚Kaffee, extra Schwarz‘ vom 02.07.2025, MANSOUR/MAYER-RÜTH, ab Minute 08:00. Einen kurzen Einblick von in Deutschland entstandenen Strukturen von Paralleljustiz, die nicht mit deutschem Recht vereinbar ist, siehe: SCHIRRMACHER, „Paralleljustiz im deutschen Rechtsstaat“, S. 163 ff, in: „Der politische Islam gehört nicht zu Deutschland“, LINNEMANN/BAUSBACK (Hg.), Freiburg, 2019, S. 159-71.

Der Nah-Ost-Konflikt blieb über die Dekaden hinweg ein Schwerpunktthema für alle Muslimbrüder weltweit. Sie nutzten ihn für Propaganda, Rekrutierung und Gewaltlegitimierung. Dies war auch bei dem für die Muslimbrüder so wichtigen¹⁰ Yusuf Al-Qaradawi der Fall.

Er legitimierte in den 2000er Jahren die Anwendung terroristischer Taten wie Selbstmordanschläge gegen Juden in Israel. Er argumentierte, alle Juden seien legitime Ziele und schloss eine Unterscheidung zwischen Soldaten und Zivilisten explizit aus.¹¹ Das Bestehen Israels verstand er als existenzielle Bedrohung des Islam. Dies setzt sich auch in der Betätigung der heutigen „MB“ und ihrer Anhänger fort: Im Nachgang des terroristischen Überfalls der „HAMAS“ auf Israel am 7. Oktober 2023 veröffentlichte die ägyptische „MB“ diverse Beiträge, in denen sie die „HAMAS“ und ihre Taten befürwortete und zur Fortsetzung und Unterstützung des Kampfes gegen Israel aufrief. Auch unabhängig vom Nah-Ost-Konflikt war die Befürwortung von Gewalt gegen Menschen, etwa auch zur Erlangung politischer Macht, immer eine relevante Konstante im Denken und Handeln von Muslimbrüdern.



Yusuf Al-Qaradawi (1926-2022):

Religionsgelehrter und wichtigster
Vordenker der Muslimbruderschaft

¹⁰ Zur Rolle und Bedeutung AL-QARADAWIs allgemein, wie auch für die MB siehe: GRÄF, „Medien-Fatwas@Yusuf al-Qaradawi“, Berlin, 2010, S. S. 102 ff, sowie KRÄMER, „Drawing Boundaries. Yūsuf al-Qaradāwī on Apostasy“, in „Speaking for Islam. Religious Authorities in Muslim Societies“, KRÄMER/SCHMIDTKE (Hg.), Leiden, 2006, 194 ff.

¹¹ Vgl. STEINBERG, „Die Muslimbruderschaft und die Hamas“, S. 4 f. In: SWP Aktuell, NR. 65, 2023, Stiftung Wissenschaft und Politik, Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit und WAGEMAKERS, „The Muslim Brotherhood – Ideology, History, Descendants“, Amsterdam, 2022, S. 214.

Das Wirken der MB in Deutschland und darüber hinaus

Muslimbrüder und die in ihrem Sinne agierende Akteure sind tief in den Strukturen unserer Gesellschaft aktiv, wie es Bergeaud-Blackler zutreffend beschreibt:

„Die europäischen [Muslim]Brüder verfahren genauso wie in Ägypten und anderen muslimischen Ländern; sie legen tugendhafte Kleidung an, kämpfen gegen Diskriminierung und setzen sich für die Verteidigung von Rechten und Freiheiten ein. Sie organisieren Sozialhilfe, Hausaufgabenhilfe und Sportunterricht, helfen Unternehmern zum Erfolg [...]. Sie schlüpfen in die Lücken einer Wohlfahrtsorganisation, einer politischen Partei, eines Großunternehmens [...]“¹²

Das Wirken von Muslimbrüdern in Deutschland begann Ende der 50'er Jahre und intensivierte sich in den 60'er und 70'er Jahren mit der Gründung von Vereinen und Moscheen. Die Strukturen, wie sie Muslimbrüder in Europa aufgebaut haben, finden sich gespiegelt in Deutschland wieder.¹³ Aktuell konzentrieren sie ihre Tätigkeiten auf die Bereiche interreligiöser und interkultureller Dialog, Bildung und Ausbildung, Stellung der Frau in der Gesellschaft, Kampf gegen anti-muslimischen Rassismus/Islamophobie und der Entwicklung muslimischer Medien.¹⁴



Zwei Beispiele für der MB zuzuordnenden Organisationen, die in Brandenburg tätig waren: Das „Islamische Zentrum Fürstenwalde al-Salam e. V.“ (IZF) und der in Dresden ansässige Verein „Sächsische Begegnungsstätte“ (SBS)

Das ist ebenso in Brandenburg festzustellen. Ein Beispiel dafür ist das „Islamische Zentrum Fürstenwalde“ (IZF). Der „MB“ und „HAMAS“ zuzuordnende Moscheeverein sammelte gezielt und über einen langen Zeitraum Geld für eine der „HAMAS“ zuzurechnende Spendenorganisation.

¹² BERGEAUD-BLACKLER, „Kalifat nach Plan“, Tübingen, 2025, S. 70.

¹³ WAGEMAKERS, „The Muslim Brotherhood – Ideology, History, Descendants“, Amsterdam, 2022, S. 205-8; S. auch: Verfassungsschutzbericht des Landes Baden-Württemberg 2024, S. 148-51.

¹⁴ Vgl. BERGEAUD-BLACKLER, „Kalifat nach Plan“, Tübingen, 2025, S. 107 ff, 136 ff.

Ebenso wurde eine demokratiefeindliche, antisemitische und gewaltbefürwortende Ideologie verbreitet. Langjährige Funktionäre des „IZF“ äußerten öffentlich, wie auch im Rahmen offizieller Veranstaltungen der Moschee, Sympathie für die terroristischen Gewalttaten der „HAMAS“ gegen Juden und den Staat Israel. Sie befürworteten die Anwendung tödlicher Waffengewalt. Entsprechend erfolgte im September 2024 das Verbot durch den Innenminister des Landes Brandenburg, da sich das „IZF“ gegen die verfassungsgemäße Ordnung und den Gedanken der Völkerverständigung richtete.

Weitere Beispiele belegen, dass für die Muslimbrüder in Europa Gewalt ein zentraler Bestandteil ihrer Agenda ist. Es ist erkennbar, dass sich die Anwerbung und Indoktrination von Konvertiten oder in Europa geborenen Rekruten zunächst daran ausrichtet, wie ihr Verständnis wichtiger Institutionen ist und ob sie Zugang zu diesen hätten. Arabischsprachige und in einem muslimischen Land geborene Muslime würden schneller in die eigentliche Zielsetzung der Muslimbrüder eingeführt und eher militärisch indoktriniert, stellt die Anthropologin Bergeaud-Blackler fest.

Beispielhaft berichtet sie von einem ehemaligen Muslimbruder, der die Erfahrung seiner Anwerbung und Radikalisierung durch Muslimbrüder in Frankreich so zusammenfasst, dass sie in Wahrheit keine Muslimbrüder rekrutierten, sondern „Mujahiddin-Brüder“¹⁵, also Krieger mit der Bereitschaft, im Sinne der „MB“ Waffengewalt anzuwenden.

Dass dies keine Übertreibung ist, zeigt das Verbot der in Paris ansässigen Bildungseinrichtung „Institut Européen des Sciences Humaines“¹⁶ (IESH) durch das französische Innenministerium im September 2025. In der Verbotsverfügung wird dargestellt, dass das Institut ideologisch, organisatorisch wie auch personell fest in der „MB“ verankert war.

¹⁵ Mujahiddin, wörtlich: Diejenigen, die den Jihad machen, umgangssprachlich zumeist: bewaffnete Kämpfer, Krieger. BERGE-AUD-BLACKLER, „Kalifat nach Plan“, Tübingen, 2025, S. 69.

¹⁶ Dt.: „Europäische Institut für Humanwissenschaft“. Mehrere gleichnamige Bildungseinrichtungen – ebenfalls der MB zuzuordnen – existieren in weiteren europäischen Ländern. Das deutsche Institut befindet sich in Frankfurt (Main).

Die ideologische Ausbildung am „IESH“ habe einen wesentlichen Schritt in der gewalttätigen Radikalisierung mehrerer ehemaliger Schüler beziehungsweise Studenten dargestellt, bevor diese sich terroristischen Aktivitäten zuwandten oder propagierten. Das Wirken des Instituts sei darauf angelegt gewesen, in Frankreich eine Gesellschaft auf Grundlage des islamischen Rechts zu formen. Die Lehrinhalte haben zu Diskriminierung, Hass und Gewalt gegenüber Menschen angestiftet. Schwerste körperliche Strafen (Amputationen von Gliedmaßen, Auspeitschung, Steinigung im Fall von außerehelichen sexuellen Beziehungen) stellte das „IESH“ als Konsequenz der Nichtbeachtung göttlicher Gesetze dar und propagierte deren Anwendung als Pflicht für Muslime. Auch sei eine Überlegenheit des Mannes über die Frau, wie auch physische Gewalt gegen Frauen gerechtfertigt worden. Zudem seien mehrere Führungs- und Lehrkräfte in Schlüsselpositionen von Vereinigungen tätig gewesen, die der Finanzierung von „HAMAS“ nahen Strukturen gedient haben.¹⁷

Muslimbrüder in Vereinen, Lobbyverbänden, Gremien oder Parteien

Das Bedürfnis nach „einem Ansprechpartner für alle“ nutzen die Muslimbrüder aus. Sie identifizieren relevante politische und gesellschaftliche Debatten und Entwicklungen und sind in der Lage schnell neue Vereine, Organisationen oder Gremien zu gründen oder bestehende zu besetzen, die als konkrete Ansprechpartner oder Sprachrohr dienen sollen.¹⁸

Dies verdeutlicht eine kurze Darstellung des Vereins „Forum of European Muslim Youth and Student Organisation“ (FEMYSO). Er wurde in Brüssel von Muslimbrüdern gegründet und wird von ihnen ebenso geführt. Der Verein wirkt auf europäischer Ebene und verdeutlicht die Verquickung von zentralen Personen mit religiösen Vereinen, Lobbyverbänden, politischen Gremien und Parteien.

¹⁷ Décret du 3 septembre 2025 portant dissolution de l'association, Institut Européen des Sciences Humaines (IESH)“, <https://www.legifrance.gouv.fr/eli/decret/2025/9/3/INTD2524595D/jo/texte>, zuletzt eingesehen am 02.03.2026. Zur Ausrichtung und Verbreitung der Institute siehe: BERGEAUD-BLACKLER, „Kalifat nach Plan“, Tübingen, 2025, S. 140 f.

¹⁸ Vgl. BERGEAUD-BLACKLER, „Kalifat nach Plan“, Tübingen, 2025, S. 142 f.

In unmittelbarer Nähe zu den Einrichtungen der Europäischen Union soll er die Arbeit von Jugend- und Studentenverbindungen in Europa koordinieren und Entwicklung sowie Vernetzung künftiger Generationen von Muslimbrüdern fördern. Gleichzeitig wirkt die „FEMYSO“ auf die Gremien der Europäischen Union ein und kann von deren erheblichen Subventionen profitieren. Der Verein umfasst mehrere dutzend europäische Mitgliedsverbände, die das politische Engagement junger muslimischer Menschen in Europa stärken wollen – allerdings unter den Prämissen der Ideologie der Muslimbrüder. In diesem Kontext ist auch die Betätigung der „FEMYSO“ in gesellschaftlichen Kampagnen zu sehen. Ziel ist, eine „europäisch-muslimische Identität“ zu entwickeln, was gleichzeitig als Kampf gegen „Islamophobie“ begriffen wird. Bergeaud-Blackler beschreibt, wie offizielle Einrichtungen der EU dies als Engagement für pro-demokratische Prinzipien fehlinterpretieren.¹⁹

Ein Beispiel für die demokratieunterwandernde Strategie der „MB“ zeigt ein Bericht der Zeitung „Die Welt“ aus dem Jahr 2021 auf. Anlass einer öffentlich geführten Debatte waren Pläne, Mohamad H. in die „Expert*innenkommission zu antimuslimischem Rassismus“ des Landes Berlin aufzunehmen. Laut Bericht sei H. langjährig in mehreren Vereinen mit Islamismus-Bezügen tätig gewesen, darunter die „Palästinensische Gemeinschaft in Deutschland“ (PGD). Der Bericht belegt ebenfalls die Widersprüche in den Versuchen des H., seine Betätigungen für islamistische Organisationen abzustreiten. Die dargestellte gleichzeitige Mitgliedschaft sowohl in der Berliner SPD als auch im Berliner Landesvorstand des „Zentralrats der Muslime“ unterstreicht seine Einbindung in relevante politische Strukturen.²⁰

¹⁹ BERGEAUD-BLACKLER, „Kalifat nach Plan“, Tübingen, 2025, S. 146-55.

²⁰ SCHINDLER, „Berlin beruft Islamisten in Kommission gegen antimuslimischen Rassismus“, vom 25.03.2021, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article229101711/Berlin-beruft-Islamisten-in-Kommission-gegen-antimuslimischen-Rassismus.html>, zuletzt eingesehen 03.03.2026.

Während die 2023 aufgelöste „PGD“ als Verein von „HAMAS“-Anhängern galt und in Verfassungsschutzberichten entsprechend aufgeführt wurde, wird auch die Betätigung von Mohamad H. als Vorstand im Moscheeverein „Teiba Kulturzentrum e.V.“ erwähnt. Die Bundeszentrale für Politische Bildung beschreibt die erheblichen inhaltlichen, organisatorischen und personellen Überschneidungen zwischen diesem Verein und der von ihm betriebenen Moschee in Berlin mit der „MB“.²¹ So überrascht es nicht, dass der Imam der „Teiba-Moschee“ sowohl Absolvent als auch Lehrbeauftragter am „EHW“ in Frankfurt (Main) ist – also eben der Lehreinrichtung, die als Kaderschmiede der „MB“ in Deutschland agiert und deren Pendant in Frankreich verboten wurde. Auch war der Imam 2021 im „IZF“ tätig.

Dies sind nur zwei Beispiele einer strukturellen und inhaltlichen Zusammenarbeit, die Bergeaud-Blackler als „die Verbündeten der Muslimbrüder“ beschreibt. Sie führt aus, wie es Muslimbrüdern gelang, Teile von politischen Bewegungen, Parteien, zivilgesellschaftlich engagierten Akteuren oder Wissenschaftlern zu beeinflussen und für ihre verfassungsfeindlichen Ziele einzuspannen.²²

Das leistet der Finanzierung von Strukturen mit öffentlichen Mitteln Vorschub, obwohl sie verfassungsfeindliche Ziele im Sinne der „MB“ verfolgen, und zeigt sich oft in Beiträgen, welche die Gefahren, die von ihnen ausgehen, verharmlosen.²³

²¹ BREUER, „Die Muslimbruderschaft in Deutschland“, Bundeszentrale für Politische Bildung, 2019, www.bpb/themen/is-lamismus/dossier-islamismus/290422/die-muslimbruderschaft-in-deutschland/, eingesehen 23.02.2026.

²² BERGEAUD-BLACKLER, „Kalifat nach Plan“, Tübingen, 2025, S. 273 ff. BERGEAUD-BLACKLER beschreibt weiterhin die Beeinflussung von Wahlen durch Muslimbrüder: Ibid. S. 200 ff. Siehe dazu auch: WAGNER, „Politischer Islam von links? – Der Verein Dar al Janub als Bindeglied zwischen Islamismus und der radikalen Linken“, S. 15 f, DPI, Wien, 2023. SCHINDLER, „Auch die Union pflegt einen naiven Umgang mit dem politischen Islam“, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article69a957c5c8473971749b2681/gegenrede-auch-die-union-pflegt-einen-naiven-umgang-mit-dem-politischen-islam.html#:~:text=Gesellschaft soll für islamistische Normvorstellungen empfänglich gemacht werden>“, Die Welt, Kommentar vom 06.03.2026, zuletzt eingesehen am 13.03.2026.

²³ Siehe dazu: „Islamismus in der SPD? – Gespräch mit Martin Hikel, Bezirksbürgermeister Berlin Neukölln“, Podcast, Kaffee, extra schwarz vom 01.02.2026, MANSOUR/MAYER-RÜTH, ab Minute 07:50, ab Minute 15:15.

Missbrauch von Diskriminierungserfahrungen

Als „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ (GMF) werden abwertende und ausgrenzende Einstellungen gegenüber Menschen aufgrund ihrer zugewiesenen Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe verstanden. Es ist unbenommen, dass Muslime – wie Angehörige anderer Gruppen auch – sowohl subjektiv als auch objektiv Diskriminierungserfahrungen machen. Freiheitliche Gesellschaften setzen sich damit auseinander und suchen nach Wegen, gegen GMF vorzugehen.

Muslimbrüder und andere Islamisten begreifen GMF jedoch als strategisches Betätigungsfeld und weisen ihr eine zentrale Bedeutung für ihre Kommunikation zu. Sie konstruieren aus allen Muslimen eine generell dauerdiskriminierte Gruppe und wollen sie entsprechend vereinnahmen, um sich dann als deren Opferanwalt bei Politik und Zivilgesellschaft zu positionieren. Von dieser Schlüsselstellung aus versuchen „MB“-Akteure schließlich die öffentliche Wahrnehmung ihrer islamistischen Ideologie zu steuern. Sie diskreditieren die notwendige und gerechtfertigte Kritik am Islamismus, an der „MB“, ihren Vertretern, Strukturen und Handlungen als islamfeindlich oder vermeintlichen anti-muslimischen Rassismus.²⁴ Gleichzeitig versuchen sie den falschen Eindruck zu erwecken, alle Muslime gehören zu einer homogenen Gruppe und die Betätigung der „MB“-Akteure sei eine demokratische Struktur zur Integration „der“ Muslime.

Entgegen ihrer Äußerungen sind ihre Ziele demokratiefeindlich und räumen nur ihren eigenen ideologischen und gesellschaftlichen Standpunkten eine Legitimität ein. Ihre Versuche Maßnahmen der wehrhaften Demokratie oder einer engagierten, demokratischen Zivilgesellschaft als Bedrohung der „religiösen Einheit“ zu delegitimieren zielen schlussendlich darauf ab die Koexistenz religiöser Diversität zu verhindern. Damit schränken sie zunächst andere Muslime in ihrer Religionsfreiheit ein. In einem weiteren Schritt versuchen Akteure der „MB“ mit dieser Methode auch die Rechte von Nicht-Muslimen einzuschränken oder ganz auszusetzen. So finden sich etwa Versuche, bestimmte Themen zu tabuisieren (Meinungsfreiheit) oder die Ausübung der eigenen Ideologie aggressiv und zu Lasten Dritter einzufordern (negative Religionsfreiheit, Gleichberechtigung von Frauen, Recht auf soziale Teilhabe, etc.).

²⁴ Siehe dazu: BERGEAUD-BLACKLER, „Kalifat nach Plan“, Tübingen, 2025, S. 190ff, 202 ff, 344-7.

Dafür stellen sich Akteure, die im Sinne der „MB“ agieren, zusätzlich auf den Feldern Bildung, Kinderbetreuung, Integrations- oder soziale Arbeit organisatorisch auf. Sie verfolgen so exakt das Gegenteil dessen, was sie erklären: Ihr Ziel ist vielmehr demokratische Strukturen zu unterwandern, die Menschen zu desintegrieren und in parallelgesellschaftliche islamistische Strukturen zu überführen.

Die Vorgehensweisen der „MB“ zeigten sich zuletzt etwa in öffentlichen Debatten um den Bezirksbürgermeister Berlin-Neuköllns und die dortige Integrationsbeauftragte. Beide hatten in der Vergangenheit prominent auf die Gefahren und spürbar negativen Auswirkungen der Agitation von Akteuren aufmerksam gemacht, die im Sinne der „MB“ agieren.²⁵

Gesellschaftliche Auswirkungen islamistischer Bestrebungen

Es finden sich konkrete Beispiele des verfassungsfeindlichen und gewaltorientierten Wirkens der Muslimbrüder in Deutschland. Das oben erwähnte „IZF“ ist ein Beispiel. Die Muslimbrüder sind jedoch nur ein islamistischer Akteur unter anderen. Die Auswirkungen ihrer Betätigung sind sowohl messbar als auch beunruhigend: Eine abnehmende Akzeptanz freiheitlicher Werte, steigende Akzeptanz islamistischer und antisemitischer Erzählungen sowie eine Steigerung der Gewaltbereitschaft in Teilen der muslimischen Bevölkerung. Der aktuelle Bericht des am BKA angesiedelten wissenschaftlichen Projekts MOTRA (Monitoring-system und Transferplattform Radikalisierung) hält fest, dass der Anteil jener Muslime, die offen für islamistisches Gedankengut sind, in den Jahren 2021 bis 2025 von 20 auf 30 Prozent konstant angestiegen ist, wobei diese Gruppe offensichtlich nicht islamistisch ausgerichtet zu sein scheint. Dass eine Differenzierung nach islamistischen Akteuren schwierig ist, zeigen die Ergebnisse auf die Frage „Nur der Islam ist in der Lage, die Probleme unserer Zeit zu lösen“. Stimmt dem 2021 noch 32 Prozent zu, stieg dieser Wert 2025 auf 44 Prozent. Hierbei handelt es sich um einen zentralen Slogan, mit dem Muslimbrüder und andere islamistische Akteure arbeiten.

²⁵ Siehe Interview mit Güner BALCI, „Über linke Feministinnen, die Kopftücher befürworten“, 04.08.2025, Neue Züricher Zeitung (NZZ), <https://www.nzz.ch/feuilleton/guener-balci-ueber-geschlechterapartheid-und-den-reaktionaeren-islam-ld.1895693>. „Islamismus in der SPD? – Gespräch mit Martin Hikel, Bezirksbürgermeister Berlin Neukölln“, Podcast, Kaffee, extra schwarz! vom 01.02.2026, MANSOUR/MAYER-RÜTH.

Gestiegen sind ebenfalls die Zustimmungswerte für antisemitische Einstellungen. Die Frage, „Juden kann man nicht trauen“ bejahten 2021 rund 13 Prozent, 2025 waren es bereits 29 Prozent. Die Gruppe der muslimischen Befragten, die islamistisch orientierte Einstellungen klar zurückweist, stellt zwar noch die Mehrheit, doch der Trend ist eindeutig rückläufig. 2021 waren es 71 Prozent und 2025 waren es nur noch 60 Prozent.²⁶ MOTRA stellt zudem fest, dass die entsprechenden Werte überproportional stark bei Jugendlichen feststellbar sind.²⁷

Diese gefährlichen Entwicklungen sind konkrete Effekte islamistischer Agitation. Sie dokumentieren eine zunehmende Anschlussfähigkeit islamistischer Erzählungen und Einstellungen. Damit einher gehen die Verbreitung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, eine erhöhte Akzeptanz religiös und politisch begründeter Gewalt und eine wachsende Ablehnung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Die daraus resultierenden Probleme haben konkrete und offenbar zunehmende Auswirkungen auf das Leben der Menschen hier in Deutschland und beeinträchtigen das Sicherheits- sowie Sozialgefüge.

Die demokratie- und menschenfeindlichen Ziele von Islamisten, die sich als Gesprächspartner und vermeintlich legitime Ansprechpartner darstellen, sind nicht immer auf Anhieb zu durchschauen. Nicht zuletzt da sie auch uns vertraute und positiv belegte Begriffe nutzen. Diese sind jedoch in einem ideologischen Verständnis umgedeutet und der Werte entkernt, die wir mit ihnen verbinden. Es liegt daher in der Verantwortung aller, sich kritisch mit der Ideologie und Aktivitäten islamistischer Akteure auseinanderzusetzen. Unsere offene, pluralistische und freie Gesellschaft bedingt den Raum und das Verständnis für Auseinandersetzung. Eine konfrontative Religionsbekundung zu problematisieren, islamistische Akteure und Narrative zu entlarven ist eine Aufgabe der Verfassungsschutzbehörden. Dies und sie zu sanktionieren ist nicht rassistisch und ebenso wenig islamophob. Es ist vielmehr ein notwendiger Prozess in einer wehrhaften Demokratie.

²⁶ MOTRA-Monitor 2024/25, S. 118 ff, KEMMESIES/WETZELS/AUSTIN/BÜSCHER/GRUBE/HUTTER/RICHTER/RIEGER/ SOBOTA (Hg.), <https://www.motra.info/publikationen/motra-monitor/>, zuletzt eingesehen am 05.03.2026.

²⁷ MOTRA-Monitor 2024/25, S. 135 f. Die Erhebungen des privaten „Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen“ (KFN) aus dem Jahr 2022 kamen bereits zu ähnlichen Ergebnissen.

Die Demaskierung von und das Vorgehen gegen jedwede Formen des Extremismus – und der Islamismus zählt dazu – sind keine Verstöße gegen das Grundgesetz mit seiner Garantie der Religionsfreiheit. Ziel ist vielmehr, dass alle Menschen in Deutschland frei sind in der Wahl ihrer religiösen Überzeugungen. Sie müssen frei ihre Meinung äußern und ihre Identität ausleben können, ohne dabei andere in diesen Rechten einzuschränken. Gerade mit Blick auf Jugendliche muss es darum gehen, dass ihnen keine religiös begründete Ideologie aufgezwungen wird, die auf Ungleichheit, Ausgrenzung und Unterdrückung, auf Hass und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit beruht und sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richtet.

Impressum

Herausgeber

Landesregierung Brandenburg
Ministerium des Innern und für Kommunales (MIK)
Abteilung 5 – Verfassungsschutz
Henning-von-Tresckow-Straße 9-13
14467 Potsdam
E-Mail: info@verfassungsschutz-brandenburg.de
Internet: mik.brandenburg.de/verfassungsschutz

Stand

Digitale Ausgabe (PDF) | Juni 2026

Gestaltung

MIK | Abteilung Verfassungsschutz

Landesregierung Brandenburg
Ministerium des Innern und für Kommunales
Abteilung 5 – Verfassungsschutz
Henning-von-Tresckow-Straße 9-13
14467 Potsdam
E-Mail: info@verfassungsschutz-brandenburg.de
Internet: mik.brandenburg.de/verfassungsschutz